Morgen-Ausgabe B.

Bezugs-Preis

für Leipzig und Vororte durch unsere Träger und Spediteure ins Haus gebracht: Ausgabe A (nur morgens) vierteljährlich 3 M., monatlich 1 M., Ausgabe B (morgens und abends) vierteljährlich 4.50 M., monatlich 1.50 M.
Durch die Post bezogen (2 mal täglich) innerhalb Deutschlands und der deutschen Kolonien vierteljährlich 5.25 M., monatlich 1.75 M. ausschl. Postbestellgeld, für Oesterreich 9 K 66 h, Ungarn 8 K vierteljährlich.
Abonnement-Annahme: Augustusplatz 8, bei unseren Trägern, Filialen, Spediteuren und Annahmestellen, sowie Postämtern und Briefträgern.
Die einzelne Nummer kostet 10 Pfg.
Redaktion und Expedition: Johannisgasse 8.
Telephon Nr. 14692, Nr. 14693, Nr. 14694.
Berliner Redaktions-Bureau: Berlin NW. 7, Prinz Louis Ferdinand-Straße 1. Telephon I, Nr. 9275.

Leipziger Tageblatt
und Handelszeitung.

Amtsblatt des Rates und des Polizeiamtes der Stadt Leipzig.

Anzeigen-Preis

für Inserate aus Leipzig und Umgebung die 6gespaltene Petitzeile 25 Pf., finanzielle Anzeigen 30 Pf., Reklamen 1 M.; von auswärts 30 Pf., Reklamen 1.20 M.; vom Ausland 50 Pf., finanz. Anzeigen 75 Pf., Reklamen 1.50 M.
Inserate v. Behörden im amtlichen Teil 40 Pf.
Beilagegebühr 5 M. p. Tausend exkl. Postgebühr. Geschäftsanzeigen an bevorzugter Stelle im Preise erhöht. Rabatt nach Tarif. Festerteilte Aufträge können nicht zurückgezogen werden. Für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird keine Garantie übernommen.
Anzeigen-Annahme: Augustusplatz 8, bei sämtlichen Filialen u. allen Annoncen-Expeditionen des In- und Auslandes.
Haupt-Filiale Berlin: Carl Duncker, Herzogl. Bayr. Hofbuchhandlung, Lützowstraße 10. (Telephon VI, Nr. 4603).

Nr. 258. Dienstag 17. September 1907. 101. Jahrgang.

Das Wichtigste vom Tage.

* Eine offiziöse Kundgebung erklärt die Bereitstellung von zwei Reserve-Kompagnien für Kamerun als eine bloß vorübergehende und jetzt bereits erledigte Maßregel. (S. Dtsch. Kolonien.)

* Dem preußischen Minister des Königlichen Hauses von Wedel ist die nachgesuchte Entlassung gewährt worden. (S. Letzte Dep.)

* Der 3. Generalversammlung des Konservativen Landesvereins am 27. September ist ein Vorstandsantrag vorgelegt: Einberufung eines Parteitages am Jahresschluß zur Abänderung des Programms und Beratung der Wahlfrage. (S. Dtschs. R.)

* In der Lausitz ist ein Ausstand der Arbeiter in den Kohlenwerken ausgebrochen. (S. Dtschs. R.)

* Die Belohnung für die Ergreifung der Frevler, die den Straußberger Eisenbahnunfall herbeigeführt haben, ist von 2000 Mark auf 5000 Mark erhöht worden.

* Die nächste Friedenskonferenz dürfte 1914 stattfinden. (S. Sonderbericht.)

Die freisinnige Volkspartei.

Zu den demokratischen Grundforderungen gehört die Oeffentlichkeit der Verhandlungen, bei denen nicht Gründe der staatlichen Sicherheit oder der Moral dagegen sprechen. Der 7. allgemeine Parteitag der Freisinnigen Volkspartei, der vom Freitag bis Sonntag in Berlin abgehalten wurde, verhandelte unter Ausschluß der Oeffentlichkeit. Da wir die Partei weder für staatsgefährlich noch für unsittlich halten, sind wir nicht in der Lage, dies Verhalten zu erklären, zumal auch die der Oeffentlichkeit freundlich übermittelten Verhandlungsberichte keinerlei Anhalt für die Notwendigkeit oder Nützlichkeit der Klausur bieten. Wir konstatieren bei der Gelegenheit nur, ohne hier weitere Schlußfolgerungen daran zu knüpfen, daß die Verhandlungen des nationalliberalen Parteitages in voller Oeffentlichkeit stattfinden.

Drei Verhandlungspunkte hatten mehr als parteiliches Interesse: die Frage der liberalen Einigung, die Stellung der Partei zur Blockpolitik und zur preußischen Wahlrechtsreform. Nach den Vorgängen der jüngsten reichsparlamentarischen Kampagne, der Etablierung des liberalen Einigungsausschusses, der Aufstellung des Frankfurter Mindestprogramms hat es einige Ueberraschung, in welch kühler Weise der Einigungsgedanke behandelt wurde. Stellenweise war sogar so etwas wie persönliche Animosität zu bemerken. Insbesondere kam Naumann, „der Offizier ohne Soldaten“, „der in ewiger Wandlung Begriffene“, schlecht weg. Wir möchten sagen, über Gebühr schlecht. Denn das sollte man auch in den Reihen der Volkspartei anerkennen, daß die bewegende Kraft der Naumannschen Initiative an sich schon ein liberales Kapital darstellt. Das Erbübel des deutschen Liberalismus, der Hang zur Sondertümelei, wirkt zur innigen Genugtuung aller Gegner weiter. Und mit besonderer Genugtuung wird man es in ihren Reihen vernommen haben, daß auch heute noch den linksliberalen Gruppen „die Einheit des politischen Denkens und der politischen Ziele fehlt“, wie Anno 1884, als der Kronprinz Friedrich den Liberalismus vergebens zur Einigung zu drängen suchte. Ach ja, es ist etwas Schönes um die Gewissenhaftigkeit und Ueberzeugungstreue. Nur daß sie übertrieben werden können. Daher das spöttische Wort von den querelles d'allemand. Bei dieser Lage der Dinge muß man froh sein, daß nicht der ganze linksliberale Block (der etwas hoch gegriffene Name stammt von Herrn Müller aus Meiningen) bei der Gelegenheit in die Brüche gegangen ist. Der liberale Einigungsausschuß soll in Zukunft auch als Schiedsgericht bei Streitigkeiten zwischen den linksliberalen Parteien funktionieren. Er wird zu tun bekommen.

Es wurde auch vom anderen, größeren Block gesprochen, wie man sagen muß, in gesunder, realpolitischer Erkenntnis seiner Nützlichkeit und ohne Provokation der übrigen Blockpartner. Die Volkspartei will die Blockpolitik auch ferner mitmachen „zur Bekämpfung gemeinsamer Gegner“ und unter „Wahrung ihrer grundsätzlichen Anschauungen“. Da diese Prinzipien bei keiner Seite, so weit wir sehen können, gefährlich erscheinen, kann der Kanzler also auch in Zukunft auf die Volkspartei rechnen. Es ist wichtig, daß die Partei es klug vermieden hat, sich auf bestimmte Bedingungen für ihr Verbleiben im Block festzulegen. Und von der Forderung des Reichstagswahlrechts für Preußen als conditio sine qua non war schon gar keine Rede. Es wurde sogar ausdrücklich, von Herrn Dr. Müller aus Sagan, konstatiert, daß „von einem Zusammenhange zwischen Wahlrechtsfrage und Blockpolitik an sich nicht gesprochen werden könne“. Das war mehr, als zu erwarten stand.

Auch in der Behandlung der preußischen Wahlrechtsreform als Angelegenheit für sich trat eine bemerkenswerte Mäßigung hervor. Zwar wollte ein Herr Buschhaus-Hagen, wahrscheinlich pro memoriam Eugen Richters, eventuell den Block zum Teufel gehen lassen, aber er blieb in ersprießlicher Einsamkeit. Dafür ließen die Herren Fischbeck und Müller-Sagan keinen Zweifel darüber, daß sie bei der Wahlreform mit sich reden lassen wollen, natürlich „ohne auch nur ein Stück des Programms aufzugeben“, was ja auch niemand verlangt. Es fiel das harte Wort „Unsinn“ zur Bezeichnung einer Politik, die alles oder nichts will. Um sich wenigstens etwas für die hierbei bekundete Mäßigung zu entschädigen, wurde zum Schluß das Reichstagswahlrecht „nicht nur für Preußen, sondern für alle Bundesstaaten“ gefordert. Im Prinzip versteht sich, was die Sache weniger schrecklich macht.

Das wär' das Wesentliche von diesem Parteitage, wobei wir noch den Vorbehalt machen müssen, daß hoffentlich der für die Oeffentlichkeit bestimmte Bericht auch wirklich alles Wesentliche enthält. Ueber die angehängte Zirkus Busch-Versammlung Ausführliches mitzuteilen, ist nicht nötig. Es war eine imposante Menge Volkes dort, wenn auch nicht die Fülle des Bündlermeetings erreicht wurde. Aber es war die psychologisch leicht erklärliche Folge der vorherigen Abgeschlossenheit, daß nunmehr der Volksversammlungscharakter forciert wurde. Unsere Pflicht ist erfüllt, wenn wir getreulich vermelden, daß die Stimmung begeistert, der Applaus donnernd und das Wetter miserabel waren. Wir wünschen der Partei gutes Gedeihen.

Englische Anerkennung für deutsche Tüchtigkeit.

Im allgemeinen hat sich die öffentliche Meinung in England Deutschlands angeblichen finsteren Plänen gegenüber beruhigt. Der weitaus größere Teil des englischen Volkes hat sich überzeugt, daß das deutsche Volk und seine Leiter mindestens eben so friedlich gesinnt sind, wie es selber. Wir haben allerdings aufgehört, uns irgend etwas bieten zu lassen oder zu dulden, daß andere Länder über den Anspruch Deutschlands auf Gleichberechtigung zur Tagesordnung übergehen. Aber sobald man uns dies, was wir doch den anderen Völkern als ganz selbstverständlich zugestehen, nicht versagt, wollen wir nichts als unsere friedliche Weiterentwickelung. Dafür bürgt nicht allein die Natur unseres Volkes, sondern auch die Richtschnur, die der große Gründer des Deutschen Reiches unter Zustimmung des ersten deutschen Reichstags unserer Politik gegeben hat. In der Thronrede, mit der am 21. März 1871 der Reichstag eröffnet wurde, wird der feste Entschluß der Regierung ausgesprochen, sich nicht in die Angelegenheiten fremder Völker zu mischen, sondern nur auf Erhaltung des Friedens Bedacht zu nehmen. „Der Geist, welcher in dem deutschen Volke lebt und seine Heereseinrichtungen bewahren Deutschland inmitten seiner Erfolge vor jeder Versuchung zum Mißbrauch seiner durch seine Einigung gewonnenen Kraft. Die Achtung, welche Deutschland für seine eigene Unabhängigkeit in Anspruch nimmt, zollt es bereitwillig der Unabhängigkeit aller anderen Staaten und Völker, der schwachen wie der starken.“ — Der Reichstag antwortete darauf in gleichem Ton. Wenn das Zentrum nicht zustimmte, so war das lediglich, weil es wünschte, daß Deutschland den Kirchenstaat wieder herstellte, wozu sich natürlich niemals ein Reichstag oder eine Regierung gefunden hat oder finden wird.

Niemals ist gegen diese Richtschnur verstoßen worden. Zahllose Male hat man das Schreckbild an die Wand gemalt, daß Deutschland seine große Kraft mißbrauchen werde. Man hat uns dahin verleumdet, daß wir Holland erobern, daß wir in Rußland die Revolution unterdrücken wollten. Alles das ist eitel Wind gewesen. Niemals hat Deutschland einen Schritt getan, der zum Waffengang hätte führen können. Unsere starke Rüstung ist in Wahrheit eine Friedensbürgschaft gewesen. Auch in überseeischen Ländern sind wir niemals erobernd aufgetreten. Wir haben außer Kiautschau, das uns friedlich verpachtet wurde, nur herrenloses Gut genommen.

Allein der eine, jetzt in kleiner Minderheit befindliche Flügel des englischen Publikums kann sich gar nicht darein finden, daß unser Vaterland wieder zu großer Macht gelangt ist. Nachdem die Sorge vor Rußland und Frankreich in den Hintergrund gedrängt ist, leben gewisse britische Angstpolitiker davon, Deutschlands Kriegsbereitschaft als gefährlich für England hinzustellen. Das Gespenst einer Landung deutscher Truppen in England will gar nicht weichen. Aus diesem Gefühl geht auch der Artikel der „Times“ vom 10. September hervor. England, so führt das Cityblatt aus, habe in seiner ganzen langen Geschichte noch nie einen so gefährlichen Rivalen gehabt wie Deutschland. Dieses besäße zum Unterschied von Spanien zu Philipps, von Frankreich zu Ludwigs XIV. und Napoleons Zeiten Armeen, Schiffe und Häfen zugleich; es sei für Unternehmungen zur See begeistert und könne sich vor allem und mit größerem Rechte als alle anderen rühmen, einen Unternehmungsgeist, eine Opferwilligkeit, eine Zähigkeit und Kenntnisse in der Kriegskunst zu besitzen, die unübertroffen seien.

Es ist ein schönes, schmeichelhaftes Bild, das da ein rastloser Gegner von uns entwirft. Es wäre traurig, wenn er von allem das Gegenteil an uns zu „rühmen“ hätte. Das Kompliment schließt ausdrücklich die deutsche Kriegsflotte ein. Es kann uns stolz machen, daß die Vertreter der ersten Seemacht der Welt so urteilen, einer Macht, deren Flotte dreimal so stark ist, wie die unsrige. Die französische Marine, die doch die unsrige übertrifft und namentlich eine ganze Flottille von Unterseebooten hat, von denen wir nur ein einziges zu Versuchszwecken besitzen, flößt den Engländern keine Sorge ein; auch nicht die amerikanische, die schon größer ist als die deutsche und mit Riesenschritten vorwärts eilt. Den Franzosen traut man keine rechte Seemannschaft zu, die Amerikaner haben innerhalb ihrer Flotte mit zwei Feinden zu schaffen, der Korruption, die schlechte Panzerplatten, Geschütze und Granaten für gute liefert, und der Abneigung der Amerikaner gegen den Flottendienst, die es nötig macht, sich mit Negern und Ausländern zu begnügen, welch letztere aus persönlichen Gründen nicht die besten Elemente sind, jedenfalls aber eine buntscheckige Menge ohne nationalen Zusammenhang bilden.

Bei den Deutschen setzt man tadelloses Material, ein hochgebildetes Offizierkorps, Mannschaften von erlesener Tüchtigkeit und Tapferkeit, bei allen die größte Hingebung für das Vaterland voraus. Das halten wir für richtig. Und wenn dadurch die Engländer veranlaßt werden, sich vor einer Kränkung deutscher Rechte noch mehr als sonst zu hüten, so kann uns das recht sein. Uebrigens: können sich die Engländer denn nicht ebenfalls auf das Material wie auf das Personal ihrer Flotte verlassen? Wir bezweifeln das nicht. Aber wenn sie das können, warum sorgen sie sich so vor deutscher Kraft? Ihre Kriegsflotte ist doch dreimal so stark wie die unsrige. Und sie sind entschlossen und auch imstande, diesen Unterschied aufrecht zu erhalten. Unsere Seehäfen, unsere Handelsflotte haben sich sehr gut herausgemacht. Sie bilden den Nährboden für die Kriegsmarine, von der sie ja auch in erster Linie den Vorteil des Schutzes haben. Wetteifern können sie mit allem Britischen im einzelnen, aber nicht als Gesamtheit mit der britischen Gesamtheit, denn Deutschland ist doch zur Hauptsache als kontinentales Land eingebettet zwischen andere Landmächte, während England seinen ganzen auswärtigen Handel auf dem Seewege vollziehen muß, riesige blühende Kolonien hat und auf allen Weltmärkten der Zuerstgekommene gewesen ist.

Wenn man das unausrottbare Mißtrauen sieht, das in England gegen uns gehegt wird, und das von dort aus nach möglichst vielen anderen Ländern verbreitet wird, so könnte man am Ende zweifeln, ob es im nationalen Interesse ratsam gewesen ist, so demonstrativ die deutsche Faust zu zeigen, wie oft geschehen. Es sind dadurch vielleicht die englischen Rüstungen befördert worden, welche nun wieder eine Beschleunigung der deutschen Seerüstung bewirken. Ein Keil treibt den andern.

Aber wenn einmal das Mißtrauen gegen uns unausrottbar ist, so müssen wir umsomehr alle Sorgfalt darauf verwenden, daß unsere Stärke mit Recht gefürchtet wird. Daß wir auch fürderhin keinen Mißbrauch mit ihr treiben werden, das wird die Erfahrung lehren. Die Seele des deutschen Volkes bleibt so friedfertig wie zuvor, so daß andere sich ein Beispiel daran nehmen könnten. Im Laufe dieses Sommers ist übrigens die Auffassung beständig anerkennender für uns geworden. Das gilt nicht nur von den Franzosen, die sich jetzt für Deutschlands kühles Verhalten in der Marokkofrage zu bedanken haben, sondern auch von den Engländern. Die „Times“ sind nicht gleichbedeutend mit der öffentlichen Meinung Englands. Im Gegenteil, durch ihre unaufhörlichen, niemals sich als berechtigt erweisenden Warnungsrufe sind sie etwas diskreditiert. Die Ueberzeugung von der friedlichen Natur der deutschen Macht ist in der jetzt in der Mehrheit befindlichen liberalen Partei allgemein und bei ihren Gegnern auch gut vertreten.

Deutsches Reich.

Leipzig, 17. September.

* **Dennoch Unstimmigkeiten?** Die Verleihung neuer Fahnen an Truppenteile des VII. und X. Armeekorps sollte, nach der „Mil.-pol. Korrespondenz“, zu Unstimmigkeiten zwischen dem Berliner Hofe und einigen nordwestdeutschen Fürstenhöfen Veranlassung gegeben haben. Diese, wie die „Mil.-pol. Korrespondenz“ wiederholt, auf durchaus zuverlässiger, allerdings nicht Berliner Quelle beruhende Meldung ist von anderer Seite als „völlig unzutreffend“ bezeichnet worden. Es sei „wie stets, auch in diesem Falle, genau nach dem Herkommen verfahren worden“. Dieser Berichtigung gegenüber erscheint, so schreibt erneut jetzt die „Mil.-pol. Korresp.“, zum mindesten auffällig, daß, allem Herkommen zuwider, die meisten Kontingentsherren, deren Truppen, mit neuen oder den alten Feldzeichen, am Kaisermanöver teilgenommen haben, den drei Uebungstagen zwischen Höxter und Warburg ferngeblieben sind.

mp. **General von Heiningen gen. Huene.** Die Ernennung des bisherigen Kommandeurs der 30. Division in Straßburg i. E., Generalleutnants Freiherrn von Heiningen gen. Huene, zum Kommandierenden General des XIV. Armeekorps hat in militärischen Kreisen nicht überrascht. Der neue Kommandierende in Karlsruhe ist Katholik, ein Bruder des verstorbenen Reichstagsabgeordneten und Vizepräsidenten des Abgeordnetenhauses, und hat als Chef des Stabes beim XVI. Armeekorps, unter dem Generalfeldmarschall Grafen von Haeseler, als Regimentskommandeur (der hessischen Leibgarde-Infanterie) in Darmstadt und als württembergischer Brigade-Kommandeur (in Ulm) bei den Süddeutschen viel Sympathien. Zudem gilt der General als ein hervorragender Kenner der Grenzverhältnisse und ist immer als der gegebene Führer eines der westlichen Korps bezeichnet worden. Von 1888 bis 1891 war der neue kommandierende General Militärattaché in Paris.

-o- **Konservative Landesvereine.** Die ordentliche Generalversammlung findet am 27. September mittags 12 Uhr in Dresden statt. Den einleitenden Vortrag hat Herr Geh. Hofrat Opitz übernommen. Der engere Vorstand des Landesvereins hat zu den vom Dresdner Verein gestellten Anträgen einstimmig folgenden Beschluß gefaßt: Für Ende dieses Jahres ist ein Delegiertentag des Hauptvereins der Deutsch-Konservativen in Aussicht genommen, auf welchem auch über eine eventuelle Ergänzung des Programms vom 8. Dez. 1892 beraten werden soll. Der konservative Landesverein im Königreich Sachsen wolle deshalb beschließen: ohne mit der Fassung der von dem Dresdner konservativen Verein in der Sitzung vom 5. April zur Erläuterung des konservativen Programms beschlossenen Vorschläge sich zu identifizieren, diese Vorschläge dem Hauptverein der Deutsch-Konservativen einzureichen und den Inhalt durch die Abgeordneten des Landesvereins auf dem Delegiertentage vertreten zu lassen. Ferner soll eine Aussprache und Stellungnahme zur Wahlrechtsreform stattfinden. Als Berichterstatter sind bestellt Oberbürgermeister Beutler und Geh. Hofrat Opitz. Der engere Vorstand hat am 12. September beschlossen, der Generalversammlung folgende Resolution zu empfehlen: „Die Versammlung des Konservativen Landesvereins spricht die Erwartung aus, daß ihre dem Landtage angehörenden Parteifreunde im Einvernehmen mit der Königl. Staatsregierung in der bevorstehenden Landtagssession die Wahlrechtsreform zustande bringen helfen, und ersucht sie daher, in eine wohlwollende Beurteilung der Regierungsvorlage über die Wahlrechtsreform einzutreten und dahin zu wirken, daß ein namentlich auch den Mittelstand und die minderbemittelten Klassen befriedigendes Wahlgesetz verabschiedet wird, ein Gesetz, das, teilweise auf Verhältniswahlen und einem mäßigen Pluralwahlrecht beruhend, eine sichere Gewähr für eine vaterländisch gesinnte Mehrheit der Volksvertretung bietet.“ Auch soll eine Aussprache über andere Aufgaben des nächsten Landtags erfolgen.

* **Weihbischof Andrzejewicz †.** Der auf einer Firmungsreise in Zabartowo in Westpreußen so plötzlich verstorbene Weihbischof Dr. Andrzejewicz ist vor seiner Wahl zum Weihbischof Regens des dortigen Priesterseminars gewesen. Er war der höchste geistliche Würdenträger der Gnesener Diözese und bekleidete zugleich das Amt eines Domherrn. Ueberzeugt war ihm zur Zeit der herrschenden Sedisvakanz der Diözesanadministrator Prälat Dorozewski. In der Posener Diözese dagegen vereinigt Weihbischof Dr. Wlewski mit der höchsten geistlichen Würde die höchste administrative Gewalt in seiner Person. Da der Tod Andrzejewicz's in einem „unpaarigen“ Monat eingetreten ist, so steht das Besetzungsrecht der vakant gewordenen Domherrnstelle bereits das dritte Mal dem Staate zu.

* **Das Schicksal der Mädchenschulreform** in Preußen steht nach einer offiziösen Auslassung der „Köln. Ztg.“ günstig. Im einzelnen wird in dem Artikel gesagt: An den Umstand, daß dem Reformrealgymnasium der Charlottenburger Auguste-Viktoria-Schule kürzlich vom Kultusministerium das Recht, selbständig die Abiturientenprüfung vorzunehmen, verweigert worden ist, hat man allgemeine Befürchtungen über das Schicksal der Mädchenschulreform geknüpft. Die frazliche Charlottenburger Mädchenschule ist die erste städtische Anstalt in Preußen, die Mädchen bis zum Abiturium herangebildet hat. Für derartige Anstalten sieht die dem Staatsministerium vorliegende Mädchenschulreform das Recht der selbständigen Abiturientenentlassung vor, und es ist auch keineswegs anzunehmen, daß in diesem Punkte die bisher beabsichtigte Reform eine Aenderung erleiden wird. Derartige städtische Mädchenschulen sind aber bisher noch nicht durch generelle Bestimmungen als höhere Lehranstalten anerkannt; sie haben daher das Recht der Abiturientenentlassung bisher nicht. In dem vorliegenden Falle hätte eine interimistische Einzelentscheidung getroffen werden müssen, durch die de facto, wenn auch nicht de jure die Möglichkeit der Abiturientenentlassung gegeben werden konnte. Dadurch wäre aber der Mädchenschulreform in weitem Maße vorgegriffen worden. Zu einer generellen, dem Rechte der Abiturienten-Entlassung günstigen Entscheidung wäre

SLUB
Wir führen Wissen.